

1968

NEHMEN

JUGEND

Sie gehören

AUFSTAND

Als Studenten Goethe mit Marx vertrieben

Was 1968 an der Universität Frankfurt geschah

von Rudolf Walther



Vor 50 Jahren probte die Studentenbewegung den Umsturz. Der Vietnamkrieg und die Forderung nach Emanzipation brachten weltweit junge Menschen auf die Straße, Bildungsmisere und Notstandsgesetze waren spezifisch deutsche Protestthemen. Für Frankfurt charakteristisch war die Auseinandersetzung mit der Frankfurter Schule und ihren Vertretern.

Die Protestbewegung von 1968 mag in ihren vielfältigen Aspekten unübersichtlich sein, eines ist gewiss: Eine lokale oder gar provinzielle Veranstaltung war sie nicht, sondern eine, die gleichzeitig fast die ganze Welt erfasste, einschließlich hermetisch abgedichteter Regionen wie den Ostblock oder China. Dies muss vorab festgestellt werden, auch wenn sich dieser Beitrag auf Ereignisse und Prozesse in Frankfurt konzentriert.

Lässt man sich darauf ein, Globales aus der Perspektive des Lokalen zu betrachten, ergibt sich, dass die Studentenbewegung in Frankfurt ganz wesentlich eine Auseinandersetzung mit Vertretern der Kritischen Theorie war. Diese Theorie zählen viele Autoren völlig zu Recht zu den intellektuellen und politischen Quellen der Bewegung weit über Frankfurt hinaus. Aber

1 Am 30. Mai 1968 wurde die Goethe-Uni kurzerhand in »Karl-Marx-Universität« umbenannt, das Bild des bärtigen Gesellschaftstheoretikers prangte auch über dem Eingang zum Rektorat im Jügelhaus.



2 Adorno (v. l.), Krahl, KD Wolff und Habermas (stehend) auf der Buchmesse 1968.

3 Aus Protest gegen die Notstandsgesetze haben Studenten am 24. Mai 1968 die Uni blockiert. Rektor Prof. Walter Rüegg verlässt das Gebäude über den durch ein Sit-in blockierten Haupteingang, der laut Transparent für »NS-Befürworter und Fachidioten« freigehalten wird.



2

nirgends wird dies deutlicher als bei den Konflikten an der Goethe-Universität.

Die ersten Demonstrationen von Frankfurter Studenten am 22. Mai 1966 und am 11. Februar 1967 galten dem Protest gegen den Vietnamkrieg. Die beiden Veranstaltungen gingen dem großen internationalen Vietnam-Kongress vom 17. und 18. Februar 1968 in Berlin voraus, bei dem Delegationen aus 14 Staaten vertreten waren. Vom 19. Juni 1967 an organisierte der ASiA (Allgemeiner Studierenden-ausschuss) der Universität eine Protestwoche gegen die geplanten Notstandsgesetze. Bereits im Oktober des Vorjahres hatte die IG Metall in Zusammenarbeit mit dem »Sozialistischen Deutschen Studentenbund« (SDS) den Kongress zum »Notstand der Demokratie« organisiert. Der SDS war ursprünglich die Studentenorganisation der SPD. Seit den 1950er Jahren gab es zwischen SDS und Partei wegen der Ostkontakte der Nachwuchsorganisation politische Spannungen und Konflikte. 1961,

einige Wochen nach dem Mauerbau, fasste die Parteiführung einen Unvereinbarkeitsbeschluss und schloss die SDS-Mitglieder aus der Partei aus. Die Parteitreuen gründeten den »Sozialistischen Hochschulbund« (SHB), der SDS wurde zum Sammelbecken der undogmatischen »Neuen Linken« und der »Außerparlamentarischen Opposition« (APO). Demonstrationen gab es seit Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre gegen das atomare Wettrüsten und gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik sowie gegen den Bildungsnotstand im »Wirtschaftswunderland«.

Beginn der Protestbewegung: der Tod Benno Ohnesorgs

Die Revolte im engeren Sinne begann jedoch nach den tödlichen Schüssen des Berliner Polizisten Karl-Heinz Kurras auf Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967. Das Datum markiert nicht den Anfang der Studentenbewegung, aber sicher ein Schlüsselereignis. Am 5. Juni 1967 – dem Tag von Ohnesorgs Beerdigung – demonstrierten in Frankfurt rund 3000 Studenten. Rektor Walter Rüegg hatte angeordnet, die universitären Veranstaltungen an diesem Tag ruhen



3

Der Protest in Daten

Mai 1966

»Vietnam – Analyse eines Exempels«, Kongress in Frankfurt mit Herbert Marcuse und Rudi Dutschke

Oktober 1966

Kongress »Notstand in der Demokratie« von IG Metall und SDS in Frankfurt

Februar 1967

Opernplatz Frankfurt: Vietnam-Demonstration mit hartem Polizeieinsatz

2.6.1967

Benno Ohnesorg wird in Berlin von einem Polizisten erschossen

zu lassen zum Gedenken an den getöteten Kommilitonen.

Die Auseinandersetzung der Studenten mit der »Frankfurter Schule« stand in Frankfurt von Anfang an im Zentrum der Bewegung, die sich – wie ihre Lehrer Adorno, Horkheimer, Habermas – als gesellschaftskritisch und emanzipatorisch verstand. Nach der Beerdigung von Benno Ohnesorg in Hannover tagte hier am 9. Juni 1967 der Kongress »Student und Demokratie« des SDS. Jürgen Habermas intervenierte gegen Dutschkes ebenso langwierigen wie diffusen Redebeitrag zum Begriff »Gewalt«. »Herr Dutschke hat (...) nur vorgeschlagen, dass ein Sitzstreik stattfinden soll, das ist eine Demonstration mit gewaltlosen Mitteln. Ich frage mich, warum nennt er das nicht so, warum braucht er eine dreiviertel Stunde, um eine voluntaristische Ideologie zu entwickeln?«. Diese bezeichnete Habermas als »linken Faschismus«, Dutschke sprach von »organisierter Gegengewalt unserer-seits«.

Habermas kritisiert Marcuse

Habermas bestand als einziger Frankfurter Professor im Juni 1967 öffentlich darauf, dass die Umstände der Erschießung Benno Ohnesorgs unabhängig ermittelt werden: »Die Bürger der Bundesrepublik haben (...) Anspruch darauf, durch beschleunigte und minutiöse Untersuchungen darüber Gewissheit zu erlangen, ob ihre Polizei Terror übt – oder ob dieser Verdacht zu Unrecht besteht. Wenn die Interpretation der Berliner Kriminalpolizei, die in dieser Sache Partei ist, ohne für die breite Öffentlichkeit überzeugende Kontrolle hingenommen würde, bestünde die Gefahr einer stillschweigenden Umwandlung unseres demokratischen Rechtsstaates in einen Polizeistaat.«

Habermas stellte später mehrmals klar, dass er die Studentenbewegung nicht pauschal in die Nähe eines links motivierten Faschismus rücken wollte, blieb aber bei seiner Kritik am leerlaufenden Aktionismus, der sich oft auf Herbert Marcuse (1898–1979) – den »Philosophen der Jugendrevolte« (Habermas) – berief, vor allem auf dessen Satz im Essay über »Repressive Toleranz«: »Wenn sie [unterdrückte Minderheiten, der Autor] Gewalt anwenden, beginnen sie keine neue Kette von Gewalttaten, sondern zerbrechen die etablierte. Da man sie schlagen wird, kennen

sie das Risiko, und wenn sie gewillt sind, es auf sich zu nehmen, hat kein Dritter, und am allerwenigstens der Erzieher und Intellektuelle, das Recht, ihnen Enthaltung zu predigen.« An den normativen Grundlagen dieses Satzes – rechtlichen wie politischen – ist sozusagen alles unklar und Habermas replizierte deshalb aus der Ferne: »Ich würde wünschen, dass Marcuse diesen Satz noch einmal erläuterte.«

Go-in, Sit-in, Teach-in

Aus Berlin importierten die Frankfurter Studenten neue Demonstrationsformen, wie sie die amerikanische Bürgerrechtsbewegung praktizierte. Der Berliner Doktorand Theodor Ebert untersuchte in seiner Dissertation von 1965 den gewaltfreien Widerstand des »Congress of Racial Equality« (CRE), eines Vorläufers der Bürgerrechts- und Free-Speech-Bewegung. Die vom CRE angewandte Strategie, Wirte zur Bedienung Schwarzer zu zwingen, beschrieb Ebert – das Wort »Sit-in« übersetzend – als »Sitz-Hinein-Methode«. Das Berliner SDS-Mitglied Michael Vester beschäftigte sich nach einem USA-Aufenthalt mit der »Wiederbelebung der Kategorie Aktion« durch die Bürgerrechtsbewegung. Zwei Jahre später berichtete er in einer SDS-Publikation über die »Strategie der direkten Aktion«. Die Methode der Aufklärung der Bevölkerung und der Selbstaufklärung der Protestierenden durch Aktionen hieß in den USA

4 Fest in der Hand der Studenten war das Rektorat vom 27. Mai 1968 an, dem Tag der großen Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze.



4

5.6.1967

Kundgebung anlässlich des Todes von Benno Ohnesorg in Frankfurt. Offener Brief von Jürgen Habermas

8.6.1967

Frankfurter AStA mobilisiert 5000 Studenten für einen Schweigemarsch

19.6.1967

Frankfurter AStA organisiert »Notstandswoche«

16.11.1967

SDS-Mitglieder sprengen die Vorlesung von Carlo Schmid im Hörsaal VI

23.11.1967

Der Frankfurter Rektor Prof. Walter Rüegg stellt Strafantrag gegen SDS-Aktivisten

DIE PROTAGONISTEN IN FRANKFURT



Frank Wolff (geb. 1945), SDS-Mitglied, 1967/1968 Bundesvorsitzender. Studierte zunächst Musik, ab 1966 Soziologie bei Adorno. 1969 nahm er das Musikstudium wieder auf und gründete 1981 das Frankfurter Kur-Orchester (zusammen mit Anne Bärenz und Carl Hegemann), das bis 1995 existierte.



Karl Dietrich »KD« Wolff (geb. 1943), Bruder von Frank Wolff. SDS-Mitglied, 1967/1968 Bundesvorsitzender. Studierte Jura und gründete 1969 den März Verlag und 1970 den Verlag Roter Stern, der seit 1979 als Verlag Stroemfeld/Roter Stern existiert. »Glauben Sie nicht, Herr Professor Adorno, dass es tatsächlich Bedeutung hätte, wenn (...) jemand wie Sie (beim) Sternmarsch auf Bonn mit uns zusammen, sagen wir, die Bannmeile durchbrochen hätte?«



Hans-Jürgen Krahl (1943–1970), SDS-Mitglied, brillanter Doktorand T.W. Adornos und wortgewandter Aktivist der Protestbewegung (»Robespierre von Bockenheimer«). 31.1.1969 eine Woche Haft wegen Hausfriedensbruch, angezeigt von Adorno, dem er im Prozess Paroli bot. Krahl starb am 13.2.1970 bei einem Autounfall. »Er war der Klügste von uns allen.« (Rudi Dutschke) »Und es ist nicht zufällig, dass der Wahlkampf zum Beispiel auf das Niveau einer Waschmittelreklame herabgekommen ist.« (Hans-Jürgen Krahl)



Daniel Cohn-Bendit (geb. 1945), Mai 1969 Sprecher der Studenten in Paris. Ausweisung nach Frankfurt als deutscher Staatsbürger. Engagierte sich im »Revolutionären Kampf« (Frankfurter »Spontis«) und bei den »Grünen«. Erster Dezernent des »Amts für multikulturelle Angelegenheiten« in Frankfurt. Mitglied im EU-Parlament (1994–2014). »Neulich sagte mir Herr Cohn-Bendit, ich hätte nur dann ein Recht, die Polizei zu holen, wenn man mich mit Stangen zusammenschlagen wollte; ich antwortete, dann sei es wohl zu spät.« (Adorno an Herbert Marcuse)

»Teach-in« und ging nun – zuerst in Berlin, dann auch in Frankfurt – in den studentischen Slang und in die Demonstrationspraxis ein. Das erste Sit-in im Namen der Demokratisierung der Universität fand am 22. Juni 1966 in Berlin statt. Im Wintersemester 1967/1968 kam es auch in Frankfurt zu mehreren Sit-ins und Teach-ins, also Aktionen zu Erzwingung von Diskussion über den Studienbetrieb, die Studieninhalte und die Demokratisierung der universitären Strukturen und Gremien.

Die Vorlesung des Politikwissenschaftlers und SPD-Politikers Carlo Schmid war am 16. November 1967 das Ziel des ersten Frankfurter Go-ins im Hörsaal VI in Bockenheimer. Die Studenten wollten Schmid nicht länger zuhören bei seinen Ausführungen über Außenpolitik, sondern mit ihm darüber diskutieren, was im Zeichen der Großen Koalition kurz vor der Entscheidung stand und viele beunruhigte: die Notstandsgesetze. Schmid nahm die Herausforderung gelassen – »Ich lasse mich zu Diskussionen nicht nötigen« – und brach die Vorlesung ab. Ein erheblicher Teil der Studenten war mit der Aktion von SDS-Mitgliedern nicht einverstanden, und der AstA distanzierte sich von dieser Aktion. Rektor Prof. Walter Rüegg suspendierte die SDS-Mitglieder unter den Studentenvertretern im Studentenparlament und heizte den Konflikt an mit der Erklärung, es handle sich bei den neuen Protestformen um die »Einübung faschistischer Terrormethoden« und »Hausfriedensbruch«. Wider Willen provozierte der Rektor damit einen »Flugblattkrieg«. Dem begegneten Rektorat und Senat mit einer Informationsoffensive und riefen den »UNI-Report« ins Leben, um Angriffe im »Flugblattkrieg« kommunikativ kontern zu können. Rektor Rüegg bedauerte sein Wort von »faschistischen Terrormethoden«, nachdem er von seinem Stab über die Herkunft der Demonstrationspraxis unterrichtet worden war. Die Professorenschaft war sich alles andere als einig. Neben Hardlinern gab es liberale, konservative und linke Professoren wie Habermas, der seinen konservativen Kollegen schlicht als »aktiver Parteigänger der Studenten« (Notker Hammerstein) galt.

Die Fronten verhärten sich

Einen Versuch, am 5. Februar 1967 das amerikanische Generalkonsulat, das damals noch in

6.12.1967

Der AstA distanziert sich von der »Sprengung« der Vorlesung Carlo Schmid

ab Januar 1968

Diskussionen über Drittelparität

30.1.1968

»Tet-Offensive« in Vietnam, Anti-Springer-Kampagne in Berlin

5.2.1968

»Vietnam-Teach-in« des SDS u.a. mit Rudi Dutschke in Frankfurt

18.2.1968

Vietnam-Kongress in Berlin u. a. mit Hans-Jürgen Krahl, Daniel Cohn-Bendit



5

Uni-Nähe an der Siesmayerstraße residierte, auf »friedlichem Weg« (Hans Jürgen Krahl vom SDS) zu blockieren, vereitelten mehrere Hundertschaften Polizisten und 24 Polizisten zu Pferd. Nicht zuletzt durch diese »fast gewaltsame Aktion« (FAZ) verhärtete sich die Situation spürbar.

Die Ambivalenz und Vieldeutigkeit in der Terminologie des SDS wurde deutlich mit der Übernahme des Begriffs »Stadtguerilla« in den Reden Dutschkes und Krahls auf der Delegiertenkonferenz des SDS im September 1967. Beide sprachen von der »Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit«, von »revolutionären Bewusstseinstruppen«, also realitätsfern-voluntaristischen Konstrukten. Die vage Schwärmerei über »Stadtguerilla« fand in den Strukturen der Berliner Subkultur (»Tupamaros Westberlin«, »Bewegung 2. Juni«) mehr Resonanz als in Frankfurt.

Vom Januar 1968 an bestimmten drei Themen die politischen Debatten und Aktionen: der Krieg in Vietnam, die Hochschulreform (Drittel-

parität) und die Notstandsgesetze. In Frankfurt verübte eine durch Zufall zustande gekommene Gruppe – Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Thorwald Proll von der West-Berliner APO und Horst Söhnlein vom »Action-Theater« München – am 3. April 1968 zwei Brandanschläge auf Kaufhäuser. Der Sachschaden betrug 1,2 Millionen DM. Die Täter verhielten sich so dilettantisch, dass sie am folgenden Tag verhaftet wurden. Sie erhielten mit dem Urteil vom 31. Oktober 1968 drakonische Strafen von drei Jahren Haft und flohen ins Ausland, nachdem die Berufung abgelehnt worden war. Der SDS bezeichnete die Brandstiftung als »unbegründbare Terroraktion«, Ulrike Meinhof hielt diese für »eher systemerhaltend, konterrevolutionär«. Später konzidierte ein Richter am Landgericht Frankfurt den vier Tätern »gewisse ideelle Motive«.

Blockade der Societäts-Druckerei

Einen Radikalisierungsschub der Protestbewegung, wie er sich in Berlin nach dem Attentat

5 Rund 12 000 Menschen zogen beim Ostermarsch im April 1968 auf den Römerberg und sangen die Hymne der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung »We shall overcome«. Andreas Buro von der hessischen Kampagne für Demokratie und Abrüstung warnte vor gewalttätigen Aktionen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke: »Es soll kein Wasser auf die Mühlen der Notstandsgesetze gegossen werden.«

19.2.1968

Vietnam-Demonstration in Frankfurt. Polizei verhindert Sturm auf Polizeipräsidium

16.3.1968

Massaker von My Lai (wird erst im November bekannt)

2.4.1968

Brandstiftung in zwei Frankfurter Kaufhäusern; Urteil gegen die vier Brandstifter am 31.10.68: drei Jahre Gefängnis

11.4.1968

Attentat auf Rudi Dutschke in Berlin

10.5.1968

Nacht der Barrikaden in Paris. 460 Festnahmen, 250 verletzte Polizisten

6 Protestdemonstration von Schülern, Studenten und Gewerkschaftern in der Innenstadt von Frankfurt am Main gegen die geplanten Notstandsgesetze der Bundesregierung.

auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 in den Blockaden gegen das Springer-Hochhaus abzeichnete, gab es in Frankfurt zwar nicht. Aber der Versuch, die Societäts-Druckerei zu blockieren und damit die Auslieferung der BILD-Zeitung zu verhindern, führte am Karfreitag (12. April) zu schweren Auseinandersetzungen, bei denen sieben Polizisten und 25 Demonstranten verletzt wurden. Für den Ostermontag (15. April) hatte die Ostermarschbewegung 12000 Demonstranten auf dem Römerberg mobilisiert, wo Andreas Buro (1928–2016), einer der Sprecher, vor »gewaltsamen Aktionen« der Demonstranten und Wolfgang Abendroth vor der Springer-Presse als einer »gefährlichen Waffe gegen das Volk« warnten.

Gegen deren Willen und Rat bestanden Frank und Karl Dietrich – »KD« – Wolff vom

SDS auf einer weiteren Blockade der Societäts-Druckerei, bei der es zu den schwersten Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten kam. Die Polizeiführung kündigte an, »den Einsatz Berittener zukünftig« zu begrenzen und einen Diplom-Psychologen einzustellen, um Polizisten auf Demonstrationseinsätze mental vorzubereiten, weil es unbestreitbar vonseiten der Polizei zu Überreaktionen gekommen war.

Streik gegen Notstandsgesetze

Mitte Mai 1968 fand die zweite Lesung der Notstandsgesetze statt, womit – parallel zu den Protesten und dem Generalstreik in Paris – die heiße Phase der Studentenbewegung auch in Frankfurt begann. Für den 15./16. Mai rief der SDS alle deutschen Universitäten zum Streik auf. In Frankfurt blockierten Studenten den



6

13.5.1968

1 Million Demonstranten auf der Champs-Élysées, Streiks, Fabrikbesetzungen

14.5.1968

Besetzung des Hauptgebäudes der Universität in Frankfurt. Zusammenstöße zwischen links- und rechtsgerichteten Studenten

15.5.1968

Streik an der Universität in Frankfurt; 1000 Arbeiter in 30 Frankfurter Betrieben legen die Arbeit nieder

22.5.1968

Sitzblockaden vor der Goethe-Universität

24.5.1968

Wiederaufnahme des Streiks. Senat beschließt Absage aller Vorlesungen für die Zeit vom 27.5. bis 1.6.

Zugang zur Universität mit Sitzstreiks. Am 16. Mai wurde der Streik abgebrochen und auf den 19. Mai vertagt, den Beginn der dritten Lesung der Gesetzesnovelle. Vom 24. Mai an sollte der gesamte Unibetrieb lahmgelegt werden, worauf die Universitätsleitung alle Lehrveranstaltungen vom 27. Mai bis 1. Juni absagen ließ. Am 27. Mai demonstrierten auf dem Frankfurter Römerberg 15 000 Studenten und Arbeiter im Rahmen der vom DGB Hessen organisierten Kundgebung gegen die Notstandsgesetze. Am gleichen Tag wurde das Rektorat besetzt. Am 30. Mai benannten die Studenten die Universität in »Karl-Marx-Universität« um und organisierten in 23 Seminaren und Podiumsdiskussionen einen eigenen Lehrbetrieb. Hans-Jürgen Krahl wandte sich gegen den Umbau »der Universität zu einer Ausbildungskaserne für Fachidioten«. Am 31. Mai wurden die Büroräume des SDS von der Polizei durchsucht, am 5. Juni die Universität geräumt. Damit endete der »heiße Sommer« in Frankfurt, an dem überwiegend Studierende sozial- und geisteswissenschaftlicher Fächer, darunter viele Lehramtsstudenten, beteiligt waren.



7

Eine Frankfurter Skurrilität waren die Auftritte des Clowns Hans Imhoff, der sich als Aktionskünstler verstand und sich darauf spezialisierte, Veranstaltungen im Kulturbetrieb und an der Universität durch Störungen zu verspotten. In den Feuilletons werden Imhoffs Aktionen bis heute maßlos überschätzt und zu »Szenen eines höheren Lustspiels« (Lorenz Jäger, FAZ vom 30. Mai 1998) hochgeschrieben. Habermas beschied die wurstige Zumutung eines Journalisten, seine Begegnung mit Imhoff vom 14. November 1968 zu beschreiben, dem nur einfiel, Habermas' Sprechbehinderung nachzuäffen, bündig mit dem Satz: »In jenen Tagen, als die Eier und Knallkörper im Hörsaal herumflogen, habe ich mich nur ein einziges Mal verletzt gefühlt: als Herr Imhoff unter die Gürtellinie schlug.«

7 Nach der polizeilichen Räumung des Instituts für Sozialforschung musste sich Hans-Jürgen Krahl wegen Hausfriedensbruchs vor Gericht verantworten. Adorno trat als Zeuge auf, zur von Krahl erhofften Grundsatzdebatte zwischen Professor und Doktorand kam es nicht.

8 Aus dem durch Streikende blockierten Gelände der Societäts-Druckerei wird eine Notausgabe der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ) mit dem Hubschrauber ausgeflogen.



8

Adorno holt die Polizei zu Hilfe

Das Wintersemester 1968/1969 stand im Zeichen des Protests gegen die Professoren der Frankfurter Schule und gegen die von technokratischen Hochschulpolitikern geplante Studienzeitverkürzung für Lehramtsstudierende. Anfang Dezember 1968 riefen diese zusammen mit Soziologiestudenten zum »aktiven Streik« auf, d. h. zum Boykott der offiziellen Lehrveranstaltungen und zur Selbstorganisation des Studiums. Friedeburg, Adorno und Habermas »begrüßten und unterstützten« die studentische Forderung nach selbstverantwortlicher Organisation des Studiums, lehnten aber die hybride Forderung

27.5.1968

Rektoratsbesetzung in Frankfurt; anderntags Räumung durch die Polizei

30.5.1968

Bundestag verabschiedet Notstandsgesetze mit 384:100 Stimmen

5.6.1968

Polizei verlässt die mit Stacheldraht gesicherte Universität

16.9.1968

Go-in mit Tortenschlacht im Café Laumer im Frankfurter Westend, weil Langhaarigen und Bärtigen der Zutritt verwehrt wird

3.12.1968

Heftige Proteste und »aktiver Streik« gegen die Verkürzung des Lehramtsstudiums

Literatur

A. Rohstock, Von der »Ordinarienuniversität« zur »Revolutionszentrale«, Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen, München 2010.

N. Hammerstein, Die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt, Bd. 2: 1945–1972, Göttingen 1972.

W. Kraushaar, Frankfurter Schule und Studentenbewegung, 3 Bde., Hamburg 1998.

S. Demm, Die Studentenbewegung 1968 in Frankfurt. Eine Chronologie, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, Bd. 67, Frankfurt 2001.

nach »Zerschlagung des herkömmlichen Wissenschaftsbetriebs« (Reimut Reiche) als Angriff auf »die Basis der Aufklärung« (Habermas) ebenso entschieden ab. Sie wurden in den Augen radikalierter Ideologen über Nacht zu »Bütteln des autoritären Staates« gestempelt, als sie nach der Besetzung des soziologischen Seminars und des Instituts für Sozialforschung ihr Hausrecht polizeilich durchsetzen ließen.

Der Bewegungsstrom der antiautoritären Revolte von 1967 bis 1969 scheiterte in Frankfurt wie weltweit mit seinen ausgreifenden Forderungen nach Emanzipation und Gesellschaftsveränderung. In Deutschland versickerte dieser Strom nach der Selbstauflösung des SDS am 21. März 1970 in Frankfurt in zahlreiche autonom agierende Bewegungen von beträchtlicher emanzipatorischer Nah- und Fernwirkung (Kinderläden, Frauenbewegung, Anti-Atom- und Umweltbewegung, Dritte-Welt-Organisationen,

Ausbruch in proletarische Fabrikarbeit, Wohngemeinschaften und einiges mehr), während parteimäßig politisierte Reste der Bewegung für kurze Zeit im leninistisch-maoistischen Politikarneval von K-Gruppen versumpften, die sich als »Parteien« aufspielten und bald verschwanden. Mehr moralisch als politisch radikalisierte Teile der Bewegung verliefen sich in die Sackgasse des terroristischen Aktionismus von »Roten Zellen«, »Bewegung 2. Juni« und »Roter Armee Fraktion« (RAF), wo sie auf eine gut gerüstete, unerbittliche Staatsgewalt trafen, die freilich nicht verhindern konnte, dass die von ihrer Hybris verblendeten, selbst ernannten Kämpfer noch jahrelang mordend durchs Land zogen.

»68« erhitzt bis heute die Gemüter

Mit der Protestbewegung haben diese Extremisten nur marginale Berührungspunkte. Trotzdem überleben Polemiken über »68«, in denen die globale Dimension des Protests von damals ebenso ausgeblendet wird wie Differenzen und Nuancen der Bewegungen in verschiedenen kulturellen, politischen und sozialen Kontexten und Milieus. Der Nationalkonservative Berthold Kohler, einer der Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ), sprach am 6. April 2016 vom »Entnationalisierungsprogramm« der Studentenbewegung als einer »Erblast«, und der Radikalnationale Jörg Meuthen von der AfD jüngst vom »moralisch verrotteten links-rot-grün-versifften 68er-Deutschland«, von dem man »weg« wolle. »Weg« wollte auch Peter Boenisch – nämlich von solchen national imprägnierten Ressentiments. Er war 1967/1968 noch einer der schärfsten Gegner der Protestierenden, dreißig Jahre später stellte er fest: »Bei manchen Zeilen [seiner damaligen Kommentare, der Autor] würde mir heute übel werden, wenn ich sie lesen müsste – aber die sind nur aus der Zeit heraus zu verstehen« (»Süddeutsche Zeitung« vom 19./20. Juli 1997). ●



Der Autor

Rudolf Walther, Jahrgang 1944, studierte 1968 in Basel (Schweiz), wo es damals eher ruhig zuzuging. Mehr als die Protestbewegungen in Paris, Frankfurt oder Berlin beeindruckte ihn die militärische Niederschlagung des »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« in Prag. Autoritäre, staatssozialistische Politik war für ihn nie eine Option. Von 1977 bis 1994 war Walther, der in Basel und Frankfurt Geschichte und Philosophie studiert hat, Redakteur und Mitautor des Lexikons »Geschichtliche Grundbegriffe« in Heidelberg. Seit 1994 arbeitet er als freier Autor und wohnt in Bad Soden am Taunus.

rudolf.walther@t-online.de

6.12.1968

Soziologiestudenten verabschieden eine neue Studienordnung und rufen »aktiven Streik« aus

11.12.1968

Habermas, Adorno und Friedeburg »begrüßen und unterstützen« die Initiative der Studenten zur Selbstorganisation

18.12.1968

Polizei »räumt« das (bereits leere) soziologische Seminar, das die Studenten in der Nacht auf den 9. Dezember besetzt hatten

6.1.1969

Rektor Rüegg schwört die Professoren auf harte Reaktionen gegen Störer ein; die Jura-Professoren Denninger, Wiethölter, Diestelkamp, Simon distanzieren sich vom Rektor und von militanten Aktionen

31.1.1969

Studenten verlassen das Institut für Sozialforschung. Anklage gegen Hans-Jürgen Krahl wegen Hausfriedensbruch. Krahl kommt für eine Woche in Haft